Angst vor Irlands Nein

von Fidelius Schmid (Dublin)

Irland hat wie kaum ein anderes Land von den Zuschüssen aus Brüssel profitiert. Jetzt drohen die Iren, die EU in eine Existenzkrise zu stürzen. Die Gegner des Lissabon-Vertrags stehen vor einem Triumph.

Die Schlacht um Irland, Europa, Moral und irgendwie alles schlägt Pete Byrne neben einem grünen Müllcontainer. Aufgedreht rennt der Mann in Bermudashorts und Tennissocken über die heißen Pflastersteine. Schweißnass klebt sein Haar an den Schläfen, der Nacken glüht feuerrot. "Gegen Lissabon! Für Demokratie", schreit Pete.

Er schnauft, er japst, er brüllt gegen den Dudelsackspieler von gegenüber an, Dutzenden Plakaten mit dem Wort "Yes" entgegen. "Keine Militarisierung von Europa - Nein zu Lissabon!" Er springt auf und ab, hin und her. "Hier ein Flugblatt, Madam. Da unsere Broschüre, Sir! Vote No!"

500 Flugblätter hat er schon vor dem Einkaufszentrum am Stephen's Green in Dublin verteilt. "Gleich hole ich noch mal 500 Stück - wir müssen die Botschaft rüberkriegen", stößt Pete hervor.



Straßenwahlkampf: Plakate der Vertragsgegner und - befürworter

39 Jahre ist Pete alt, besitzt ein Reihenhaus und geht am Feiertag eigentlich lieber auf ein Pint Bier an die Theke als auf die Straße. Doch der Feind ist mächtig, und Pete ist es sich und Irland und ganz Europa schuldig, gegen ihn zu kämpfen.

Der Feind, das sind die knapp 500 Seiten des "Vertrags von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft". Er ist das Schriftstück, mit dem sich die 27 Staaten der Europäischen Union aus der Krise befreien wollen, die das Scheitern der EU-Verfassung 2005 heraufbeschworen hat. Besser handlungsfähig, vor allem auf außenpolitischer Ebene, soll die EU mit dem Vertrag von Lissabon werden. Die meisten Staaten Europas haben den

Vertrag bereits ohne größeres Aufheben durchgewunken. Nur in Irland tobt eine wilde Debatte: Als einziges Land in Europa stimmen die Bürger des Inselstaats per Volksentscheid über den neuen EU-Vertrag ab.

In der Kampagne bis zur Abstimmung am Donnerstag treten Pete und Hunderte Freiwillige aus einer Handvoll Anti-Lissabon-Gruppen gegen das gesamte politische Establishment Irlands und Europas an. Sagen die Iren Nein, kann der Vertrag nicht in Kraft treten. Europa würde damit in eine Sinnkrise schlittern wie seit dem Scheitern der EU-Verfassung nicht. Damals stürzten die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden Europa in monatelanges Chaos, gefolgt von anderthalb Jahren Paralyse - ein Horrorszenario. In dieser wahnwitzigen Konstellation entscheiden 4,2 Millionen Iren über die Zukunft von 486 Millionen EU-Bürgern.

Und die Umfragen lassen die Regierung nervös werden. Nach Daten, die die "Irish Times" am Freitag veröffentlichte, würden 35 Prozent der Iren den Vertrag ablehnen, 30 Prozent zustimmen. Noch aber sind 35 Prozent unentschlossen oder wollen nicht wählen. Eine andere, gestern veröffentlichte Umfrage der Zeitung "Business Post" prognostizierte einen knappen Sieg der Befürworter.

Das ist dramatisch. Vor allem, weil der von den Iren am häufigsten genannte Grund, den Vertrag abzulehnen, lautet: Wir verstehen nicht, worum es geht. Wer versucht, das sperrige Dokument zu lesen, ist hinterher nicht schlauer. Aber alle politischen Parteien mit Ausnahme der radikalen Sinn Fein unterstützen das Ja.

Niemand hatte damit gerechnet, dass es knapp werden könnte. Wie kaum ein anderes Land hat Irland von seiner EU-Mitgliedschaft profitiert. 17 Mrd. Euro sind seit dem EU-Beitritt 1973 aus Brüssel nach Dublin, Cork und Shannon geflossen. Aus dem verarmten Inselchen wurde ein wohlhabender Staat mit einem gigantischen Finanzsektor.

Doch der Wirtschaftsboom in Irland hat an Schwung verloren. Die irischen Bauern sind erbost, dass der britische EU-Kommissar Peter Mandelson droht, ihre Subventionen zu kürzen. Schon 2001 haben die Iren gegen den Vertag von Nizza gestimmt.

EU-Kommissionschef José Manuel Barroso hat seine Gesetzgebungsmaschine in Brüssel komplett zum Stillstand gebracht - nichts, gar nichts, soll das irische Referendum gefährden.

"Wenn Irland mit Nein stimmt, können wir die Arbeit an der Umsetzung des Vertrags quasi einstellen",

sagt Elmar Brok, ein deutscher EU-Parlamentarier der CDU. Er sitzt auf der Rückbank eines schwarzen Mercedes. Wie so viele Politiker vom Kontinent ist er dieser Tage nach Dublin gereist. Barroso war schon da, Angela Merkel und viele andere auch. "Alle Augen sind jetzt auf die Iren gerichtet", sagt Barroso.

Missmutig schaut Brok auf die Straße. "Diese Plakate - das ist doch nichts. Nur Gesichter, keine Botschaft", schimpft er über die Ja-Kampagne. Seit 28 Jahren ist er im Europaparlament - der Verfassungsvertrag hätte diese Arbeit krönen sollen. Jetzt ist sogar Lissabon, die Ersatzlösung seines Lebenswerks, in Gefahr. "Der Vertrag, das ist mein Baby", sagt Brok.

Vier Wochen lang hat Brok den Erzbischof von Dublin, Diarmuid Martin, bearbeitet, sich doch öffentlich für ein Ja stark zu machen. Der Erzbischof antwortet mit einem Pastoralbrief, der zwar nicht ausdrücklich sagt, die Iren sollten für den Vertrag stimmen, aber trotzdem verstehen es alle so. Nun will Brok ihm Dank sagen.

Brok streckt sich, ruft im Büro von Irlands Premierminister Brian Cowen an. Wie läuft's? Cowen und seine Freunde haben Hilfe bitter nötig. Denn erst seit ein paar Wochen läuft ihre Kampagne überhaupt. Zuerst fing sie nicht an, weil Ex-Premierminister Bertie Ahern einen Korruptionsskandal am Hals hatte und zurücktreten musste. Dann fanden die großen Parteien nicht zusammen und führten eine zersplitterte Kampagne.

Die Nein-Seite aber treibt das politische Establishment mit einer Krawalltaktik in die Enge: Die Organisation COIR behauptet, der Lissabon-Vertrag legalisiere die Abtreibung in Irland, das People's Movement sieht Irlands Neutralität gefährdet. Da niemand den Vertrag gelesen hat, kann man viel behaupten. Regierung und Opposition können nur dementieren.

Am Abend soll der Unternehmer Declan Ganley im Beechwood-Gemeindezenrum in Dublins Vorort Rangelagh sprechen. Mit seiner Organisation Libertas, einer landesweiten Bustour und einer geschickten Mischung aus Dichtung und Wahrheit hat der Unternehmer es geschafft, zur Symbolfigur des Widerstands zu werden. "Auch ich habe 2001 für Nizza gestimmt - aber diesmal müssen wir durchhalten", ruft Ganley. "Wenn wir Nein sagen, bekommen wir einen besseren Deal!"

In den proeuropäischen Zeitungen kommt er daher wie ein gerissener Demagoge. Heute stammelt er, lässt sich von Zwischenrufern unterbrechen. Der Schrecken des Polit-Establishments redet wie ein Firmenchef, der die Rede auf seinem Pult noch nie gelesen hat.

Die Stimmung ist gereizt. Ein paar Anhänger der Ja-Kampagne sind da und greifen Ganley scharf an. Seine Leute brüllen sie nieder. Ganley weist Vorwürfe zurück, seine Kampagne sei untransparent finanziert. Lissabon, sagt Ganley, bedeute das Ende der niedrigen Firmensteuern in Irland - und damit das Ende des Wirtschaftsbooms.

Auch wenn davon nichts im Vertrag steht - so ein Argument zieht. Wie so vieles, was Ganley sagt. "Es war von Anfang an die Strategie der Nein-Leute, einfach irgendwas zu behaupten und uns zu zwingen, das erst einmal zu korrigieren", sagt Enda Kenny, der Oppositionsführer im irischen Parlament. "Es ist doch so: Ein EU-Vertrag ist ziemlich schwierig zu verkaufen wenn man sich an die Fakten hält."

Trotzdem war heute eigentlich ein guter Tag für die Ja-Kampagne. Premierminister Cowen hat im Schlachterkittel auf dem Markt von Cork Werbung für den Vertrag gemacht, der mächtige Bauernverband hat sich auf die Ja-Seite geschlagen.

Doch da sind die Umfragen. Und da ist Pete und all die anderen. 4,2 Millionen Iren stimmen für 486 Millionen ab. Und die EU hat keinen Plan, sollten die Iren den Vertrag ablehnen. Nach zwei Jahren Krise und monatelangem Verhandeln und Kompromissen für alle Bedenkenträger ist Lissabon schon der Plan B. Plan C existiert nicht.

16 der 27 EU-Staaten haben zugestimmt

Ein Nein der Iren, wie es Umfragen der letzten Tage in Aussicht stellen, wäre das vorläufige Aus für die EU-Reform. Der sogenannte Vertrag von Lissabon soll an die Stelle der EU-Verfassung treten, die vor drei Jahren in Referenden in Frankreich und den Niederlanden gescheitert war.

Der neue Vertrag soll nur in Irland mittels einer Volksabstimmung ratifiziert werden, in den übrigen Mitgliedsstaaten geschieht das per Parlamentsbeschluss. Die Niederlande waren am Freitag der 16. der 27 EU-Mitgliedsstaaten, in denen die Abgeordneten dem Vertrag von Lissabon zustimmten - mit 111 zu 39 Stimmen. Nun steht noch das Votum des niederländischen Senats aus, das aber als Formsache gilt. Auch in Frankreich, dem zweiten Staat, in dem die ursprüngliche Verfassung vom

Volk abgelehnt worden war, erhielt Lissabon das Plazet des Parlaments.

Der deutsche Bundestag und der Bundesrat haben das Vertragswerk bereits im Mai gebilligt. Dagegen wurde beim Verfassungsgericht in Karlsruhe vom CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler Klage eingereicht. Er kritisiert, dass der Vertrag in den EU-Mitgliedsstaaten das Volk als Souverän entmachte. Bundespräsident Horst Köhler kann das Ratifizierungsgesetz erst nach einem Urteil des Gerichts unterzeichnen. *Von Stefan Schaaf*

Aus der FTD vom 09.06.2008 © 2008 Financial Times Deutschland, © Illustration: dpa

ZUM THEMA

- Widerstand in Irland alarmiert EU (http://www.ftd.de/politik/europa/:Widerstand%20Irland%20EU/369298.html)
- Agenda: Irland droht der Absturz (http://www.ftd.de/politik/europa/:Agenda%20Irland%20Absturz/348691.html)
- Das ändert sich mit dem EU-Reformvertrag (http://www.ftd.de/politik/europa/:Das%20EU%20Reformvertrag/267633.html)
- » Das Letzte: Brüsseler Boxengasse « (http://www.ftd.de/meinung/dasletzte/:Das%20Letzte%20Br%FCsseler%20Boxengasse/331764.html)
- (€) Keine Lust auf Lektionen von Europa (http://www.ftd.de/politik/international/:Keine%20Lust%20Lektionen%20Europa/290473.html)
- Best of European Business: Gemeinsam nach Lissabon (http://www.ftd.de/karriere_management/management/:Best%20European%20Business%20Gemeinsam%20Lissabon/316774.html)